

04. Januar 2022 / Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Themen sind die politische Lage im Sudan nach dem angekündigten Rücktritt von Ministerpräsident Hamdok sowie die Entwicklung im Ukraine-Konflikt. Doch im Mittelpunkt steht die rasante Verbreitung der Omikron-Variante des Coronavirus. Diskutiert wird in Deutschland nun eine Verkürzung der Quarantäne.

04.01.2022



Die „Omikron-Variante“ breitet sich immer weiter aus. (imago images/Christian Ohde)

Die **ALLGEMEINE ZEITUNG** nennt die Gründe: „Die Folgen könnten verheerend sein, wenn sich täglich Hunderttausende in Quarantäne begeben müssten. Krankenhäuser, Feuerwehr, Polizei, Strom- und Wasserversorgung oder Müllabfuhr – vielerorts droht der Kollaps, sollte nicht mehr genügend Personal zur Verfügung stehen. Daher darf es keine Frage sein, ob die Fristen für die Isolation verkürzt werden, sondern vielmehr geht es darum: Wie schnell kann diese Änderung beschlossen werden und wie weit kann man dabei gehen? Die Zeit rennt der Politik schließlich einmal mehr davon“, warnt die **ALLGEMEINE ZEITUNG** aus Mainz.

Auch die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG** drängt auf eine Anpassung der Quarantäne-Regeln. „Es darf kein millionenfaches Einsperren geben. Zwei Wochen daheimbleiben, und das ohne Symptome? Das würde nicht nur wichtige Versorgungsbereiche lahmlegen. Es wäre auch eine Freiheitsberaubung, die der Virusgefahr kaum angemessen erscheint. Spätestens sechs Tage nach einer Infektion bricht die Krankheit aus. Ein Negativtest sechs Tage nach dem Risikokontakt müsste daher für Geimpfte und Genesene absolut ausreichen, um von weiterer Quarantäne befreit zu werden“, findet die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG**.

Die Berliner **TAZ** argumentiert anders: „Dass man den Betrieb von Feuerwehr, Polizei, Energieversorgern und medizinischen Einrichtungen schützen will, klingt vernünftig. Dass man sie schützen möchte, indem man potenziell oder nachweislich infizierte frühzeitig in den Job zurückschickt, leuchtet weniger ein. Es zeigt eher, welchen Preis die Bevölkerung jetzt für das politische Zögern der vergangenen Monate zahlen muss. Denn wäre es mit zeitig eingeführten Maßnahmen gelungen, die Inzidenz vor der Ankunft von Omikron und darüber hinaus niedrig zu halten, hätte man es nach all den vollmundigen Ankündigungen tatsächlich geschafft, eine hohe Impfquote zu erreichen – man müsste die Infrastruktur jetzt nicht vor ihrem Kollaps bewahren, indem man das Risiko einer noch schnelleren Verbreitung eingeht.“ Das war die Ansicht der **TAZ**.

Die **AUGSBURGER ALLGEMEINE** warnt vor Konsequenzen: „Es ist eine Entscheidung, bei der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und seine Amtskollegen aus den Ländern nur verlieren können. Denn die Quarantäne-Zeiten zu verkürzen, birgt nicht nur medizinische Risiken, sondern transportiert unterschwellig auch eine Botschaft an alle diejenigen, die die Seuchenpolitik für völlig überzogen halten.“

Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** bezeichnet es als ein Ärgernis, dass es zum Jahreswechsel erneut keine verlässlichen Daten über das Infektionsgeschehen gab. „Selten ist in diesem auch so gut organisierten Land die Diskrepanz zwischen dem Selbstverständnis und dem Ist-Zustand derart hart zutage getreten. Und warum? Weil bis heute niemand für das Funktionieren dieser Herkulesaufgabe wirklich verantwortlich sein möchte. Kein Ministerpräsident, kein Krisenmanager-General, allenfalls einzelne Bürgermeister. Das Weiterschieben von Verantwortung ist zu einem fatalen Bestandteil im Kampf gegen die Pandemie geworden. Man könnte das als schlechtes Krisenmanagement geißeln und als Führungsversagen beklagen. Aber das reicht nicht mehr. Die Versäumnisse und Unfähigkeiten bedrohen das Vertrauen in Regierungen, Parteien und Parlamente. Und das ausgerechnet jetzt, da eine neue Regierung dringend nötige Veränderungen anstoßen muss. Nichts ist in so einem Moment gefährlicher als wachsende Zweifel an ihren Fähigkeiten“, fasst die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** zusammen.

Der EU-Außenbeauftragte Borrell wird heute zu politischen Gesprächen in der Ukraine erwartet. Russland soll an der Grenze zur Ukraine zehntausende Soldaten stationiert haben. Das **BADISCHE TAGBLATT** bemerkt: „Putin hat mit seiner dauernden Drohkulisse ja schon vieles erreicht: Er hält den Konflikt ständig am Köcheln und damit die Aufmerksamkeit hoch. Dass ausgerechnet er, der die Staatlichkeit der Ukraine untergräbt, Garantien des Westens einfordert, ist ein starkes Stück. Der Westen kam ihm schon weit entgegen, hat allerdings selbst auch Fehler gemacht. Insbesondere die USA drängten 2008 auf die Aufnahme der Ukraine in die Nato – man muss sagen, auch aus Unkenntnis der geopolitischen Lage heraus. Die EU muss sich daher dringend einbringen, und zwar nicht wie leider bisher reaktiv, sondern proaktiv. Wer, wenn nicht die Europäer wären für die Rolle des Vermittlers geeignet? Davon muss nicht nur Putin überzeugt werden – sondern offenbar auch Joe Biden“, kommentiert das **BADISCHE TAGBLATT** aus Baden-Baden.

Nach einem erneuten Telefongespräch zwischen US-Präsident Biden und seinem russischen Kollegen Putin ist nach Einschätzung des **KÖLNER STADT-ANZEIGERS** einiges in Bewegung geraten. „In den kommenden Tagen wuseln die Unterhändler durch eine dichte Abfolge von Treffen. Das ist gut. Reden ist besser als Schweigen, wenn es Probleme gibt. Austausch ist nötig, wenn man Konflikte lösen will. Es ist kein Drama, wenn zunächst mit verteilten Rollen gespielt wird. Wichtig ist es, die Dinge dann schnell zusammenzufügen. Ein Konkurrenzverhältnis zwischen der EU und den USA wäre kontraproduktiv. Von heute auf morgen wird der Konflikt mit Russland nicht entschärft sein. Die Nato kann Putins Wunsch, einen Beitritt der Ukraine auszuschließen, kaum erfüllen. Sie kann nur darauf hinweisen, dass dies mangels Voraussetzungen bis auf weiteres nicht passieren wird. Das hat Putin bisher aber nicht gereicht. Der russische Präsident pokert hoch. Dass es dabei für ihn auch darum geht, das Gesicht nicht zu verlieren, dass der US-Präsident innenpolitische Probleme hat und die Osteuropäer eine Heidenangst – all das macht die Sache nicht einfacher“, urteilt der **KÖLNER STADT-ANZEIGER**.

Im Sudan spitzt sich die politische Krise weiter zu. Der Ministerpräsident der Übergangsregierung, Abdullah Hamdok, hat seinen Rücktritt angekündigt. Darauf geht die Zeitung **ND DER TAG**, das frühere **NEUE DEUTSCHLAND**, ein: „Der Rücktritt macht klar, dass es mit den Militärs an den Schalthebeln keinen Übergang zur Demokratie geben kann. Nichts ist aus den Vorhaben der zivil-militärischen Regierung geworden, das Land zu ordnen,

demokratische Strukturen aufzubauen und die Wirtschaft wieder auf Vordermann zu bringen. Der krönende Schlusspunkt sollten ursprünglich 2022 freie Wahlen sein. Es war ein ausdrücklicher Wunsch der Demokratiebewegung, statt sofortiger Neuwahlen erst die für faire Wahlen notwendigen Strukturen zu schaffen. Das blieb aus, während die Militärs ihre Wirtschaftsinteressen sicherten und sich erfolgreich gegen die zaghaften Versuche der Justiz und des Ministerpräsidenten Hamdok stemmten, Verbrechen aus der Vergangenheit zu ahnden“, erläutert das Blatt ND DER TAG.

Die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** wirft den Generälen Raff- und Machtgier vor: „Sudans Betonköpfe repräsentieren die zynischste Form der Unterdrückung eines Volkes. Solange auf dieser Welt noch Platz dafür ist, hat die Menschheit nichts erreicht.“

Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** vermerkt: „Hamdok wollte nicht länger das Feigenblatt einer Militärdiktatur sein. Die strebt in die dreißigjährige Amtszeit des 2019 gestürzten Omar al-Baschir zurück, nur dass heute die Namen andere sind. Denn al-Baschir hat sich wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu verantworten. Der Preis für die Rückkehr der Generäle an die Macht ist hoch. Denn die wichtigsten internationalen Geldgeber wollen deren Täuschung, Demokratie zu versprechen und zur Diktatur zurückzukehren, nicht alimentieren. Damit stehen die Verbündeten Sudans, die an der Spitze der Konterrevolution gegen den ‚Arabischen Frühling‘ stehen, in der Verantwortung: die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten. Auch sie können nicht verhindern, dass die Menschen weiterhin für ein besseres Leben demonstrieren“. unterstreicht die **F.A.Z.**